

Dr. Schapp  
Rechtsanwalt und Notar

Aurich, den 16. April 1949

Landgericht Aurich eingeg.:  
16. Apr. 1949

An das  
Landgericht- Strafkammer-  
in A u r i c h

In der Strafsache gegen  
W i n z e n b o r g u. Andere 2 Ks 2/49

begründe ich die eingelegte Revision wie folgt:

I. Die Revision wird auf Verletzung formellen und materiellen Rechts gestützt.

II. Das angefochtene Urteil befaßt sich auf Seite 14 bis 16 mit dem objektiven Tatbestand, auf Seite 16 bis 20 mit der subjektiven Seite des Tatbestandes.

Eine Besonderheit des vorliegenden Falles ist, daß die Angeklagten, wie innen das Urteil mehrfach bestätigt, anständig und korrekt mit den Juden verfahren sind und darüber hinaus sich bemüht haben, auf verschiedenste Weise: Nichtverhaftung der Eheleute Watermann, würdige Unterbringung ohne verschlossene Türen, Einsatz für möglichst schnelle Entlassung, Einsatz für Entlassung des jungen Rieß, Mitteilung der Möglichkeit, Vater und Sohn Rieß mit Decken und Lebensmitteln zu versorgen, Transport der beiden Rieß im Personenauto nach Leer; das Los der Juden zu erleichtern und erträglich zu machen.

Das Gericht I. Instanz hält auch für nicht widerlegt, daß die Angeklagten, abgesehen von Annäus Winzenborg und Schröder, geglaubt haben, die Juden würden nur zu einem kurzen Verhör aufgeholt.

Trotz dieses festgestellten Tatbestandes kommt das Urteil zu dem Ergebnis, daß Annäus Winzenborg und Schröder den unbedingten Vorsatz, die anderen Angeklagten den bedingten Vorsatz, die Juden dem im Urteil geschilderten harten Schicksal zu überliefern, gehabt haben und daß sie alle daran mitgewirkt haben, wenigstens mit bedingtem Vorsatz.

Diese

Diese Feststellung, läßt verschiedene Erfahrungsgrundsätze außer Acht. Diese Außerachtlassung rechtfertigt die Aufhebung des Urteils im gesamten Umfange.

Auf Seite 14 -16 wird der objektive Sachverhalt geschildert. Wenn auf Seite 16-17 der subjektive Sachverhalt geschildert wird und dieser objektive Sachverhalt auf den folgenden Seiten noch verschiedentlich erweitert ist, und die Angeklagten wenigstens mit bedingtem Vorsatz für den gesamten Sachverhalt verantwortlich gemacht sind, wie er vom Gericht festgestellt ist, so hat das Gericht nicht genügend den Erfahrungsgrundsatz berücksichtigt, daß am Morgen des 10. November die aus dem Schlaf gerissenen Angeklagten bei weitem nicht den Sachverhalt so übersehen konnten, so in ihr Bewußtsein aufgenommen hatten, wie das Urteil festgestellt. Das Urteil stellt in den Mittelpunkt den Brand der Synagoge in Leer. Am Morgen des 10. November mußte aber noch niemand, in welchem Zusammenhang es zu den Synagogenbränden gekommen war, daß die Partei oder die SA mit den Bränden zu tun hatte, war damals eine so wahnsinnige Vorstellung, daß den Angeklagten das Bewußtsein davon nicht unterstellt werden kann. Jeder einzelne Deutsche, der am Morgen des 10. November von den Synagogenbränden erfuhr, kam zunächst überhaupt nicht auf den Gedanken, daß die Synagogen von der SA in Brand gesteckt seien. Die Partei selbst streute auch zunächst Gerüchte aus, als wenn der Mob die Kirchen in Brand gesteckt hätte und die SA zum Schutz gegen die Brandgefahr eingegriffen habe.

Die ganze Haltung der SA war bis dahin auch keineswegs der Art, daß man annehmen konnte, die SA habe sich damit befaßt, Gotteshäuser in Brand zu stecken. Die SA war seit dem Röhmputsch in Ungnade gefallen und spielte politisch nur eine geringe Rolle. Sie fühlte sich jahrelang als Stiefkind der Partei. Der Führung der SA konnte damals niemand zutrauen, daß sie absichtlich Synagogen in Brand steckte. Jedenfalls sprechen alle Erfahrungsgrundsätze dagegen, daß der einzelne SA-Mann in Bunde sich in eine Aktion eingliedert habe, die den Brand von Synagogen als Ziel oder Nebenziel hatte. Den Angeklagten muß auch geglaubt werden, daß sie eine solche Aktion weit von sich gewiesen hätten. An den verschiedensten Stellen bestätigt das Gericht ihnen, daß sie anständig und korrekt verfahren wollten und anständig und korrekt verfahren sind. Damit steht direkt in Widerspruch, daß die Angeklagten am Morgen des 10. November auch nur bedingt in entferntester Weise den Brand von Synagogen gewollt hätten oder auch nur



aufgenommen hätten.

Wenn man den gesamten Sachverhalt als eine geschlossene Einheit beurteilt, muß man zu der Überzeugung kommen, daß die Angeklagten, ebenso wie jeder anständige Deutsche, den Brand der Synagogenhäuser auf das Schärfste verurteilten. Die entgegengesetzte Feststellung des Gerichts widerspricht den vom Gericht selbst festgestellten Zusammenhängen und widerspricht auch den Erfahrungsgrundsätzen.

Dasselbe, was zu dem Synagogenbrand in Leer und den Synagogenbränden ausgeführt ist, gilt auch für die sonstigen allgemeinen Feststellungen des Gerichts. Das Gericht hat leider in dem Sachverhalt kaum die Tatsache gestreift, daß die Angeklagten zum größten Teil Leute mit strenger religiöser Bindung waren und daß sie alle gute Christen waren und als solche gelten wollten, daß auch die Kirchengemeinden, denen sie zugehörten, sich mit dem Fall beschäftigt haben und keinen Anlaß zur Anwendung kirchlicher Zuchtmittel fanden.

Dies hängt damit zusammen, daß die Kirchengemeinden, es handelt sich um die reformierte und die altreformierte Kirche, die Ereignisse in Bunde nach der subjektiven Seite so beurteilten, wie sie sich am Morgen des 10. November den Beteiligten darstellten, während das erkennende Gericht in den Fehler verfallen ist, schon die objektive Seite so zu fassen, wie sie sich jahrelang nach Kriegsbeendigung auf Grund neuer und neuester Forschungen darstellt, wobei es aber auch noch wieder in den Fehler verfallen ist, daß es die spätere Entwicklung der Verhältnisse auf 1938 zurück verlegt. Es läßt sich für 1938 nicht feststellen, daß die Gestapo mit ihren Opfern nach Willkür verfuhr. 1938 hatte die öffentliche Meinung noch eine gewisse Macht, über welche sich auch die Gestapo nicht ohne weiteres hinwegsetzen konnte. Das Gericht muß dann auch weiter feststellen, daß die beiden Rieß sich nicht über eine üble Behandlung im KZ beklagt haben. Es muß sich auf die Feststellung beschränken, daß der alte Rieß mit der üblichen derben und sehr schmalen Gefangenenkost vorlieb nehmen mußte. Anscheinend will das Urteil hier die Angeklagten für etwas verantwortlich machen, was nach Ansicht des Gerichts hätte geschehen können, aber nicht geschehen ist. Die Feststellung, daß die beiden Rieß sich der Gestapo erbarungslos ausgeliefert sahen, schießt weit über das Ziel hinaus. Aus dem Tatbestand läßt sich nicht erkennen, ob das Gericht damit tatsächliche seelische Vorgänge der beiden Rieß

schildern

schildern will oder mögliche seelische Vorgänge. Der Ausdruck: "sie fühlten sich erbarmungslos ausgeliefert" muß in erster Linie auf tatsächliche seelische Vorgänge gerichtet erscheinen. Der Sachverhalt selbst aber, der bis zu Seite 12 reicht, gibt keinerlei Grundlage für die Annahme solcher seelischen Vorgänge. Aus der Verbindung des ersten Absatzes auf Seite 14 mit dem zweiten Halbsatz ergibt sich, daß sich das Gericht selbst nicht klar geworden ist darüber, ob es sich um tatsächliche seelische Vorgänge in den beiden Rieß handeln soll, da der verstärkende Begründungssatz, der mit zumal anfängt, offensichtlich nicht als Tatbestand gesichert ist. Es handelt sich insoweit lediglich um eine Konstruktion. Auch der folgende Satz: "Je länger die gegen sie verhängte Schutzhaft dauerte..", ist lediglich eine Konstruktion. Auch die Bezugnahme auf eine höchstrichterliche Entscheidung ändert nichts daran, daß es sich hier um eine Konstruktion handelt. Das Urteil mag zutreffen für die Verhältnisse in der späteren Kriegszeit. 1938 war der Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland und im Ausland noch viel zu stark, als daß die Gestapo erbarmungslos mit den in Schutzhaft genommenen Juden verfahren konnte. Dies war auch den Juden selbst bekannt.

Die Aufholung der Juden in Bunde dokumentierte auch nicht einen Standpunkt, daß der Jude ein Untermensch sei. Dies ist jedenfalls objektiv stark übertrieben.

Wenn so nach der objektiven Seite erhebliche Bedenken gegen die Feststellung des Gerichts vorliegen, so verletzt das Gericht Erfahrungsgrundsätze, wenn es nach der subjektiven Seite feststellt, daß die Angeklagten wenigstens bedingt subjektiv die Verwirklichung dieses Tatbestandes gewollt haben. Nach dem Tatbestande ist nichts dafür erwiesen, daß die Angeklagten glaubten, daß die Synagoge in Leer von der SA im Zuge von Vergeltungsmaßnahmen in Brand gesetzt sei. Das Urteil verwechselt im übrigen an mehreren Stellen Leer und Weener. Auf Seite 7 heißt es: "In Leer brenne bereits die Synagoge. Auf Seite 16 heißt es: "daß in Weener die Synagoge in Brand gesteckt sei." Die Feststellung auf Seite 18 beruht offenbar auf der Feststellung auf Seite 7. Die Seite 7 trägt aber nicht die Feststellung auf Seite 16. Die Feststellung auf Seite 16 ist vergrößert. Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß weder dem Bürgermeister Winzenborg von Weener aus mitgeteilt worden ist, daß die Synagoge in Leer von der SA in Brand gesteckt worden sei, noch

daß



daß Winzenborg dies seinen Leuten mitgeteilt hat. Das Urteil läßt auf Seite 7 durchaus dieser Auslegung der Verteidigung Raum. In Wirklichkeit haben die Angeklagten nur angenommen, daß die Synagoge vom Mob in Brand gesetzt sei. Da im Urteil bald von einem Brand der Synagoge in Weener, bald von einem Brand der Synagoge in Leer die Rede ist, sind die Feststellungen bezüglich des Synagogenbrandes nach der objektiven und subjektiven Seite nicht mit der erforderlichen Sorgfalt getroffen, sondern widerspruchsvoll. Die Feststellungen, womit die Angeklagten nach der subjektiven Seite gerechnet haben sollen, befinden sich auf Seite 18 und 19. Sie sind Satz für Satz übertrieben. Wenn das Gericht den Angeklagten zu 3, 4 und 6 ebenso wie dem Angeklagten zu 5, den ich nicht vertrete, zubilligt, daß sie geglaubt haben, die Juden wären nur zu einem Vernör aufgeholt, so verneint es sich damit schlechterdings nicht, daß sie mit den Möglichkeiten gerechnet haben, die auf Seite 18 und 19 ausgeführt sind. Es verneint sich insbesondere damit nicht, wenn man den allgemeinen Rechtszustand von 1938 berücksichtigt. In dem Maße, wie das Gericht es darstellt, war der Staat 1938 noch nicht von Macht und Willkürapparat der Partei beherrscht. Die Partei hatte noch starke Rücksichten auf die öffentliche Meinung im Inland und Ausland zu nehmen. So war es für die Angeklagten selbstverständlich, daß die Partei ebenso wie sie selbst korrekt und anständig vorgehen würde. Diese Feststellung kann man jedenfalls mit demselben Recht treffen, wie die Feststellung, die das Gericht auf Seite 18, 19 trifft. Nach dem Röhmputsch war die Judenaktion die erste große Gewaltaktion der Partei. Es ist verfehlt, anzunehmen, daß den Angeklagten am Morgen des 10. November diese Aktion in dem Licht erscheinen mußte, wie das angefochtene Urteil dies tut.

III. Wenn man nur feststellen kann, daß die Angeklagten zu 3, 4, 6 der Meinung gewesen sind, die Juden seien nur zu einem kurzen Vernör aufgeholt, und wenn man die Deduktionen des angefochtenen Urteils, daß diese Angeklagten einen weitergehenden bedingten Vorsatz gehabt haben, für nicht genügend findiert hält, so entfällt für diese drei Angeklagten der Tatbestand, der ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit voraussetzt. Ich beziehe mich insoweit auf die Ausführung von Dr. Wimmer, Deutsche Rechtszeitschrift 1948 S. 220. Danach erfüllt eine kurze Freiheitsberaubung nicht den

objektiven

objektiven Tatbestand der Unmenschlichkeit und dementsprechend auch nicht den subjektiven Tatbestand.

IV. Nach der Entscheidung des Oberlandesgerichts Saarbrücken am angeführten Orte Seite 219 wird der Tatbestand eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit durch die Einwilligung des Verletzten ausgeschlossen, wenn die persönliche Belästigung verhältnismäßig unbedeutend ist. Dr. Wimmer nimmt dazu kritisch Stellung, ohne die Ansicht ganz abzulehnen. Nach Ansicht der Revision wird die Strafbarkeit durch Einwilligung der Verletzten ausgeschlossen.

Zu Unrecht folgert die Revision aus dem tatsächlich festgestellten Sachverhalt, daß die Juden mit der Festnahme durch die Angeklagten nicht einverstanden gewesen seien. Die Juden faßten den Bürgermeister und seine Leute, wie sich aus dem Tatbestand des Urteils klar ergibt, nicht als Häscher sondern als Schutzpatron auf, der das unausweichbar drohende Schicksal mit allen zur Verfügung stehenden Kräften abzumildern gewillt war und sich wie ein richtiger Bürgermeister als Anwalt der Ortseinwohner fühlte. Das Schwurgericht geht offenbar davon aus, daß das Schicksal der Juden hätte geändert werden können, wenn die Angeklagten nicht eingegriffen hätten. Diese Vorstellung war den Juden fremd. Sie wäre auch reine Phantasterei gewesen. Wenn 1938 die Parteimaschinerie in Gang gesetzt war, so war -und das wußte jedermann- an ein Aufhalten nicht zu denken. Der einzelne konnte nur mildern. Wenn jeder einzelne bei der Judenverfolgung so verfahren wäre, wie die Leute in Bunde und aus derselben Gesinnung heraus verfahren wäre, so wäre es überhaupt zu keinen Unmenschlichkeiten im Sinne des Gesetzes 10 gekommen. Es wäre dann auch nicht zu dem Gesetze 10 gekommen.

Durch die Einwilligung der Verletzten fällt sowohl eine Strafbarkeit nach Gesetz 10 fort, wie auch die Strafbarkeit der kurzen Freiheitsberaubung, die in Wirklichkeit noch weniger als eine ehrenvolle Haft war, da die Tür zum Gemeindesaal unverschlossen war.

V. Was den Angeklagten Schröder anbelangt, so ist die Feststellung, daß er mit einer längeren Haft der beiden Rieß rechnete, nicht fundiert. Wenn Schröder zunächst annahm, daß die Juden nur verhört werden sollten, so war damit durchaus verträglich, daß sie nach Leer überführt werden mußten. Die Erfahrung rechtfertigt nicht die Forderung, die das Gericht aus dem Transport der beiden

Rieß



Rieß nach Leer trifft. Nach allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen konnte Schröder durchaus annehmen, daß Partei oder Staat im Laufe des 10. November auf ein Verhör der Frauen verzichtet hatten, aber ein Verhör der Männer weiter für notwendig hielten.

Als Schröder und Winzenborg die Menge der aufgeholten Juden sahen, mögen sie gedacht haben, daß die Vernehmung so vieler Juden längere Zeit dauern müßte. Das Gericht hat aber keine Feststellung darüber getroffen, wann sie die Menge der aufgeholten Juden gesehen haben. Nach der öffentlichen Tage müssen sie damals schon die Sperrkette durchschritten haben und es lag nicht mehr in ihrer Macht, mit den beiden Juden davonzufahren. Ebenso verfehlt ist die Feststellung des Gerichtes, aus dem späteren Verhalten von Schröder, nämlich aus seiner Mitteilung an Frau Rieß, auf einen bedingten Vorsatz von Schröder zu schließen, denn Schröder hat diese Beobachtungen offenbar erst gemacht, als die beiden Rieß bereits abgeliefert waren.

Nach alledem rechtfertigt sich die Aufhebung des Urteils.

Das Urteil hat bei der gesamten Bevölkerung von Bunde und Umgebung die Vorgänge aus nächster Nähe verfolgt hat, zu einer starken Beunruhigung geführt. Die kirchlichen Kreise, die politischen Kriese und der Mann von der Straße verstehen alle das Urteil nicht.

Ich beantrage,

das Urteil erster Instanz aufzuheben.

gez. Dr. Schapp  
Rechtsanwalt



glaubigt:

*Kutman*  
Justizangestellter